

## **Gemeinsame Erklärung der Ratsfraktionen CDU/SPD/FWG im VG Rat Dahner Felsenland**

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben soll die Verbandsgemeinde Hauenstein aufgelöst und mit einer anderen dem Landkreis Südwestpfalz angehörenden Verbandsgemeinde fusioniert werden. Die Verbandsgemeinderäte Dahner Felsenland und Hauenstein haben beschlossen, Fusionsverhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel einer freiwilligen Fusion.

Im Hinblick auf den Kommunalwahltermin am 26.5.2019 und einer Diskussion über die Möglichkeit der Verschiebung dieser Wahl für die beiden Verbandsgemeinderäte hat die im Rahmen der Verhandlungen eingerichtete Lenkungsgruppe den beiden Verbandsgemeinderäten empfohlen, Beschlüsse zur Verlängerung der Wahlzeit um ein Jahr herbeizuführen.

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland ist dieser Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt, der Verbandsgemeinderat Hauenstein mehrheitlich nicht.

Dies veranlasst die Ratsfraktionen im Verbandsgemeinderat zu folgender gemeinsamen Erklärung:

1. Die Ratsfraktionen des VG Rats Dahner Felsenland sehen es weiterhin als ihren Auftrag an, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, einen erfolgreichen Fusionsprozess innerhalb der Freiwilligkeitsphase zu gestalten. Dazu ist Vertrauen und Verlässlichkeit unter den Verhandlungspartnern allerdings eine unerlässliche Voraussetzung.
2. Soweit auf eine Wahlzeitverlängerung verzichtet wird, sehen wir den vereinbarten Zeitplan wonach der gesamte Prozess bis Mitte 2020 abgeschlossen und die Fusion zum 1.7.2020 Wirklichkeit werden soll, aufgrund des anstehenden Wahlkampfes und der notwendigen Konstituierungsvorbereitung der neuen Ratsgremien als unrealistisch an. Die Vereinbarung hierüber war allerdings Arbeitsgrundlage für den gesamten Fusionsprozess und muss daher dann grundsätzlich neu überdacht werden.
3. Ziel und Konsequenz einer Wahlzeitverlängerung war niemals die Beschneidung demokratischer Rechte der Bürgerinnen und Bürger, sondern sie war geleitet von sachlich-pragmatischen Überlegungen hinsichtlich einer effizienten Prozessgestaltung, einer personellen Kontinuität in den Beschlussgremien und sinnvoller Rahmenbedingungen für die entscheidende Ratsarbeit.

Wir wollten und wollen immer noch nicht unsere Bürgerinnen und Bürger am 26. Mai 2019 einen Verbandsgemeinderat wählen lassen, der nur wenige Monate Amtszeit hat, um dann anschließend wieder die Wählerinnen und Wähler zur Wahl des Verbandsgemeinderates der fusionierten Verbandsgemeinde erneut an die Wahlurnen rufen.

Michael Schreiber  
CDU

Markus Keller  
SPD

Uwe Goll  
FWG